



Interviews

Datum: 28. August 2023

Friedbert Meurer im Gespräch mit Peter Adrian

Friedbert Meurer: Ich begrüße Peter Adrian. Er ist der Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer. – Guten Morgen, Herr Adrian.

Peter Adrian: Guten Morgen, Herr Meurer.

Meurer: Wenn Sie diese Nachricht hören, man hat sich auf Eckpunkte geeinigt, sind Sie erleichtert?

Adrian: Es ist ein positives Signal. Es ist ein Signal, das uns zeigt, dass auch die Wirtschaft noch im Fokus der Regierung steht, und ich bin gespannt, was man jetzt in Meseberg im Detail da noch mal ausarbeitet.

Meurer: Was erhoffen Sie sich?

Adrian: Wir haben in vielen Bereichen schwierige Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft. Sie haben schon mit Herrn Münchenberg Stichworte diskutiert, Thema Energie. Aber wir haben viele andere Bereiche, die uns große Sorgen bereiten. Wir haben in Deutschland große Probleme, Fachkräfte zu gewinnen. Wir haben riesige Probleme mit der Bürokratie und den Planungsprozessen. Wir haben eine marode Infrastruktur. Wir haben mit die höchsten Steuern in den wichtigen Industrieländern. Wir haben fehlende und seit Jahren vermisste Handelsabkommen. Wir haben insgesamt eine schwierige Situation, die zu einer großen Verunsicherung und damit auch zu einer großen Investitionszurückhaltung in den Unternehmen geführt hat.

Meurer: Jetzt haben Sie einen Punkt noch nicht genannt, Herr Adrian, nämlich die Inflation, insbesondere die höheren Energiepreise. Jetzt wird darüber in der Regierung diskutiert, soll es einen subventionierten Preis für die Industrie geben, für die energieintensive Industrie. Sie als Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer sagen: Nein! – Warum?

Adrian: Wir sagen als Deutsche Industrie- und Handelskammer ganz klar Ja zu günstigeren Energiekosten, wenn sie denn dauerhaft sind und wenn sie nicht, wie von unserem Bundeswirtschaftsminister vorgeschlagen, handverlesen einigen wenigen nur zugutekommen. Das heißt, wir brauchen insgesamt vernünftige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, für kleine, mittlere und große Unternehmen, und wir haben dazu einen konkreten Vorschlag gemacht, den wir der Regierung vorgestellt haben. Unser Vorschlag geht darauf hinaus, eine Angebotsausweitung hinzubekommen, einen Schub bei den regenerativen Energien zu erzeugen und ein vernünftiges Matching zu erreichen zwischen Angebot und Nachfrage. Was wir vermissen bei der jetzigen Diskussion zum Industriestrompreis ist die allgemeine Verbesserung. Das sind selektive Kriterien, die hier aufgeführt werden, die aber der Breite der Wirtschaft nicht zugutekommen.

Meurer: Würden Sie einverstanden sein, wenn der Industriestrompreis nur für fünf Jahre kommt, nur für eine Übergangszeit?

Adrian: Wenn Sie sich vorstellen, Herr Meurer, Sie sind als Unternehmer vor die Frage gestellt, investiere ich jetzt in eine neue Produktionsanlage hier in Deutschland, und Sie haben eine Abschreibung von 10 bis 15 Jahren, dann reichen Ihnen fünf Jahre nicht. Das ist ja auch das, was wir mit Verunsicherung beschreiben. Die deutsche Wirtschaft sehnt sich nach langfristig verlässlichen Rahmenbedingungen und die lassen im Moment zu wünschen übrig.

Meurer: Sie haben ein Modell vorgestellt. Sie haben es eben kurz angesprochen. Da soll die Industrie direkt den Strom sich von ökologischen Energieerzeugern holen. Es soll Anreize für Investitionen geben in den Klimaschutz. Klingt gut, Herr Adrian, ist aber teurer vielleicht als der Industriestrompreis, oder?

Adrian: Wir gehen davon aus, dass dieses Modell nicht teurer sein muss und dass es vor allen Dingen den Vorteil hat, dass es eine ganz langfristige Perspektive ermöglicht. Das vermischen wir bei der jetzigen Industriestrompreis-Idee.

Meurer: Wie genau soll das aussehen? Es gibt Zuschüsse an die Energieerzeuger, noch mehr als jetzt?

Adrian: Wir wünschen uns Energiepartnerschaften zwischen den Energieproduzenten und den Industrie- und Wirtschaftsunternehmen auf der einen Seite und wir erwarten dann, dass die Bundesregierung diese Partnerschaften und die damit verbundenen Investitionen in regenerative Energien mit einer Einmalsubvention bezuschusst und damit eine Initialzündung für eine große Entwicklung bei den regenerativen Energien mit unterstützt.

Meurer: Sie haben vorhin gesagt, Herr Adrian – und das ist ein Thema, das Sie schon seit langem umtreibt -, dass Sie sich weniger Bürokratie und weniger Vorschriften in Deutschland wünschen. Ich habe mir von Ihren Mitarbeitern sagen lassen, um das mal konkret zu machen: Sie sind ja selber Unternehmer und wollten eine marokkanische Fachkraft einstellen und das hat zehn Monate lang gedauert. Was war da so schwer?

Adrian: Schwer war, zuerst mal ein Visum zu bekommen. Wir haben ja nach wie vor die Situation, dass das Auswärtige Amt keine vernünftige digitale Infrastruktur seinen Botschaften und Konsulaten bereitstellt. Will sagen: Wenn Sie heute in Marokko, in Algerien, in Tunesien ein Visum beantragen, dann wird das händisch bearbeitet von Mitarbeitern in der jeweiligen Botschaft oder in dem Konsulat. Und wenn dann die betreffende Person nach neun oder zehn Monaten Warten das Visum in Händen hält und kommt nach Deutschland und landet in Frankfurt auf dem Flughafen und legt den Ausweis der Bundespolizei vor, dann haben die in ihrer Datenbank noch keine Information darüber, dass hier ein Visum besteht.

Im Klartext: Wir brauchen da ganz andere Strukturen. Das ist aber, glaube ich, auch der Ministerin klar und ich glaube, da wird auch dran gearbeitet. Aber das ist eine wichtige Aufgabe: Wie wollen wir jährlich 400.000 Fachkräfte gewinnen und einen Großteil aus außereuropäischen Ländern hier nach Deutschland ziehen, wenn wir dafür nicht die digitalen Strukturen geschaffen haben?

Meurer: Ist die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung der entscheidende Schlüssel, um hier der Wirtschaft das Leben leichter zu machen?

Adrian: Es ist nicht der entscheidende, es ist eine der Stellschrauben, an denen Sie drehen müssen, um insgesamt die Rahmenbedingungen zu verbessern. Es ist aber eine wichtige.

Meurer: Welche Vorschriften stören Sie denn so, außer die Komplikationen, wenn man eine Fachkraft aus dem Ausland holen will?

Adrian: Wenn Sie sehen, mit welcher Bürokratie Sie heute als Unternehmen hier in Deutschland konfrontiert werden, und wir haben das auch der Bundesregierung schon mal vorgeschlagen, dann sollte man mal darüber nachdenken, ob man in bestimmten Bereichen nicht die Bürokratie gänzlich aufgeben kann. Will sagen: Muss ich in allen Bereichen Genehmigungsverfahren machen? Wenn Sie sich vorstellen, wenn Sie hier in Rheinland-Pfalz – ich sitze ja in Rheinland-Pfalz -, wenn Sie hier ein Gebiet haben, das für Windenergieanlagen ausgewiesen ist, warum kann man dann eine typengeprüfte Windkraftanlage nicht einfach dort hinstellen, ohne jedes weitere Genehmigungsverfahren?

Wir müssen da einfach mal etwas radikaler denken und uns wirklich befreien von diesen bürokratischen Hemmnissen. Sonst werden wir diesen Transformationsprozess, den wir ja alle wollen, nie hinbekommen.

Meurer: Ganz kurz: Wie ist die Stimmung unter Ihren Mitgliedern Richtung Ampel?

Adrian: Im Moment ist die Stimmung in den Unternehmen wirklich von großer Verunsicherung geprägt. Ich kann Ihnen kurz sagen, Herr Meurer: Wenn Sie heute in unsere Auslandshandelskammern zum Beispiel nach Amerika gehen, dann erfahren Sie dort von den Geschäftsführern, dass die von einer Grundsteinlegung zur anderen wandern, wo deutsche Unternehmen Produktionsstandorte in Amerika eröffnen. Wenn Sie auf der anderen Seite in den 79 Industrie- und Handelskammern hier im Lande fragen, wie sieht denn die Anfrage aus von Existenzgründern, von jungen

Leuten, die sich in Deutschland selbständig machen wollen, dann stellen Sie fest, dass diese Einrichtungen, die wir vorhalten für Existenzgründer, im Moment so gut wie gar nicht nachgefragt sind und in Anspruch genommen werden. Das heißt, wir haben wirklich eine Zurückhaltung. Sie sehen das ja auch bei den Ausrüstungsinvestitionen deutscher Unternehmen. Die lassen sehr zu wünschen übrig. Wir hinken noch hinter dem Stand vor Corona.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.